

NIEDERSCHRIFT

**über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses der
Stadt Lüdenscheid**

am 16.04.2012

im Ratssaal

Anwesend:**Vorsitz des Hauptausschusses:**

Bürgermeister Dieter Dzewas

von der SPD-Fraktion:

Ratsherr Ingo Diller
Ratsfrau Eveline Haue
Ratsfrau Verena Szermerski-Kasperek
Ratsfrau Ramona Ullrich
Ratsherr Jens Voß

von der CDU-Fraktion:

Ratsherr Oliver Fröhling
Ratsherr Rüdiger König
Ratsherr Bernd-Rüdiger Lührs

Vertreter für Ratsherrn
Norbert Adam

Ratsfrau Susanne Mewes
Zweite Stellvertretende Bürgermeisterin Ursula Meyer

von der FDP-Fraktion:

Ratsherr Jens Holzrichter
Ratsherr Oliver Petrosch

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Erster Stellvertretender Bürgermeister Otto Bodenheimer
Ratsherr Hermann Morisse

Vertreter für Ratsfrau
Kirsten Petereit

von der Fraktion DIE LINKE

Ratsherr Dietmar Skowasch-Wiers

von der Lüdenscheider Liste:

Ratsfrau Angelika Linnepe

Ausschussmitglieder mit beratender Stimme:

Ratsherr Stephan Haase
Ratsherr Peter Oettinghaus

Gäste:

Herr Lo Re, Bezirksregierung Arnsberg

zu Tagesordnungspunkt 1 der öffentlichen Sitzung

Herr Sommer, Bezirksregierung Arnsberg

zu Tagesordnungspunkt 1 der öffentlichen Sitzung

Herr Rohleder, Telekom Deutschland

zu Tagesordnungspunkt 5 der öffentlichen Sitzung

Herr Judas, Telekom Deutschland

zu Tagesordnungspunkt 5 der öffentlichen Sitzung

Verwaltung:

Erster Beigeordneter Dr. Wolfgang Schröder

Stadtkämmerer Karl Heinz Blasweiler

Beigeordneter Wolff-Dieter Theissen

Herr Martin Bärwolf

Herr Michael Walker

Herr Sven Haarhaus

Herr Edgar Weinert

bis zum Ende der öffentlichen Sitzung

Herr Dirk Aengeneyndt

bis zum Ende der öffentlichen Sitzung

Frau Susanne Gerlach

Frau Anika Kroner

Schriftführung:

Frau Kerstin Marré

Abwesend:

von der CDU-Fraktion:

Ratsherr Norbert Adam

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Ratsfrau Kirsten Petereit

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 18:29 Uhr

- 1. Haushaltssicherungskonzept 2012
hier: Verwaltungsentwurf des Haushaltssicherungskonzeptes sowie
Änderungsliste 2012
Vorlage: 068/2012**

Bürgermeister Dzewas begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt die Herren Lo Re und Sommer von der Bezirksregierung Arnsberg. Frau Statzner-Karp vom Fachdienst Recht und Kommunalaufsicht des Märkischen Kreises sei leider verhindert.

Er erinnere u. a. noch einmal an die Sitzung des Hauptausschusses am 14.11.2011, in der sich der Rat der Stadt Lüdenscheid dafür ausgesprochen habe, den Beratungsprozess mit der Bezirksregierung Arnsberg zur Haushaltskonsolidierung fortzusetzen. Dieses sei der richtige Schritt gewesen, um gemeinsam zu einem konstruktiven Beratungsergebnis zu kommen. Dieses Ergebnis würde in der heutigen Sitzung in groben Zügen vorgestellt. Er hoffe, dass die nächsten Wochen von fairen aber auch kritischen Auseinandersetzungen zur unmittelbaren aber auch langfristigen finanziellen Gestaltung der Haushaltswirtschaft der Stadt Lüdenscheid erfüllt seien.

Auf diesem Wege wolle er sich bei den Vertretern der Bezirksregierung für die Begleitung des Prozesses, bei den Kolleginnen und Kollegen aus der Kämmerei, bei Herrn Walker und bei den Verantwortlichen aus den Fachbereichen und Fachdiensten, die das Ergebnis mit erarbeitet hätten, herzlich bedanken. Es habe eine Gratwanderung stattgefunden, die aber aus fachlicher Sicht zu vertreten sei.

Der Gestaltungsspielraum für die Stadtentwicklung im nächsten Jahrzehnt werde erst durch das Haushaltssicherungskonzept ermöglicht. Die Maßstäbe der Stadtentwicklung wie in den 60er bis 90er Jahren könnten nicht mehr angelegt werden. Die Zeiten, wo jede sich entwickelnde Chance mit großzügiger öffentlicher Finanzierung begleitet werden könne, seien vorbei. Er wünsche sich, dass am Ende der Beratungen eine möglichst große Mehrheit der Haushaltskonsolidierung zustimmen werde. Darüber hinaus macht er deutlich, dass Alternativen nicht in anderen, sondern möglichst in den eigenen Fachbereichen gesucht werden müssten.

Aufgrund der sozial wünschenswerten Vorgabe, auf betriebsbedingte Kündigungen zu verzichten, ergebe sich aber auch, dass wirkungsvolle Einsparungen im Personalbereich nicht kurzfristig möglich seien. In diesem Zusammenhang appelliere er auch an die Bereitschaft der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die Konsequenzen, die aus diesem Prozess erwachsen würden, durch Übernahme anderer Verantwortungen und Flexibilität mitzutragen.

Abschließend weist Bürgermeister Dzewas auf die am 17.04.2012 stattfindende Bürgerinformation hin und übergibt Herrn Sommer von der Bezirksregierung das Wort.

Herr Sommer führt aus, dass es sich bei den vorliegenden Haushaltssicherungskonzept-Maßnahmen um eine Punktlandung mit allen Unwägbarkeiten, mit denen über 10 Jahre hinweg zu rechnen sei, handele. Der Märkische Kreis als zuständige Kommunalaufsicht sei eine Rechtsaufsicht. Diese könne als Zielsetzung nur feststellen, dass die Stadt Lüdenscheid das Defizit bis 2022 bewältigen müsse. Er weist darauf hin, dass der Rat der Stadt Lüdenscheid die Entscheidung zu treffen habe, wie schnell und wie im Einzelnen die Umsetzung erfolgen solle.

Der Ausgleich müsse nur bis spätestens 2022 erfolgt sein. Die Bezirksregierung habe im Laufe des Prozesses festgestellt, dass es sich bei dem vorgelegten HSK-Entwurf, unter Vorbehalt der Prüfung durch den Märkischen Kreis, um konkrete und abbildbare Maßnahmen handele. Im Übrigen gebe es einen vernünftigen Ausgleich zwischen den Ertragssteigerungen und der Reduzierung des Aufwands.

Bei entsprechender Umsetzung der vorgeschlagenen Maßnahmen sei eine Genehmigungsfähigkeit abbildbar. Die Kreditwürdigkeit könnte dann erhalten bleiben.

Stadtkämmerer Blasweiler stellt anhand einer Präsentation die wichtigsten Eckpunkte des Haushaltssicherungskonzeptes 2012 – 2022 dar. Diese ist der Originalniederschrift als Anlage beigefügt und wird zur Information in das Ratsinformationssystem eingestellt.

Im Anschluss eröffnet Bürgermeister Dzewas die Aussprache.

Ratsherr Diller berichtet, dass das vorgelegte Zahlenwerk, das Ergebnis eines mit großer Mehrheit des Rates beschlossenen Antrages, den Haushalt der Stadt Lüdenscheid bis zum Jahr 2022 auszugleichen, sei. In Namen der SPD-Fraktion bedanke er sich bei den Fachbereichen der Verwaltung und insbesondere bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kämmerei. Ebenfalls gelte ein besonderer Dank den Vertretern der Bezirksregierung Arnberg und des Märkischen Kreises.

Die ca. 200 Punkte des Haushaltssicherungskonzeptes würden nun intensiv in den Fraktionen beraten. Die SPD-Fraktion würde insbesondere die Kinder- und Jugendpolitik sowie die Bildungspolitik unter die Lupe nehmen. Hier würde sie vor allem auf die Prävention setzen. In der freien Wirtschaft würde hier von einem Sanierungskonzept gesprochen werden. Dies sehe die SPD-Fraktion auch so. Es müsse daran gearbeitet werden, dass es bis

zum Jahr 2022 einen ausgeglichenen Haushalt gebe. Die 65 Planstellen, die bis dahin wegfielen, würden sozialverträglich abgebaut. Betriebsbedingte Kündigungen würden nicht ausgesprochen. Dass keine Einrichtungen zur Schließung vorgeschlagen würden, sei erfreulich. Inhaltlich müsse aber über eine bessere Ausgestaltung und einen wirtschaftlicheren Betrieb gesprochen werden. Anzustreben sei, dass sich, wie auch bei der Beauftragung des Haushaltssicherungskonzeptes, eine große Mehrheit für diesen Haushalt in der Ratssitzung am 25.06.2012 aussprechen werde.

Ratsherr Holzrichter führt aus, dass das Zahlenwerk nun erst einmal gesichtet werden müsse. Er sei erfreut darüber, dass es gelungen sei, die Einnahmeverbesserung und die Ausgabenreduzierung doch noch in ein vernünftiges Verhältnis zu bringen. Die FDP-Fraktion werde sich verantwortungsvoll mit den Zahlen auseinandersetzen. Sie werde bei vorgeschlagenen Streichungen ihrerseits entsprechende Deckungsvorschläge einbringen. Die Fraktionen ständen nun vor einer schweren Aufgabe. Am Ende der Beratungsperiode müssten sie sich daran messen lassen. Die FDP-Fraktion stehe für eine solide Finanzpolitik in Lüdenscheid. Er appelliere auch an die übrigen Fraktionen verantwortungsvoll zu handeln. Er hoffe auf eine gute Zusammenarbeit und sei zuversichtlich, dass das gelingen werde.

Ratsherr Oettinghaus bedankt sich für das ausführliche Zahlenwerk und für die Ausführungen des Kämmers. Die Alternative für Lüdenscheid würde den kritischen Fokus auf die Steuererhöhungen legen. Hier insbesondere auf die Grundsteuer B. Des Weiteren würden sie sich mit der Kinder- und Jugendarbeit beschäftigen. Er freue sich auf eine fruchtbare Diskussion während der Beratungsdauer.

Ratsherr Morisse bedankt sich im Namen der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen bei allen Beteiligten für das umfangreiche Zahlenwerk. Inhaltliche Aussagen durch seine Fraktion könnten erst nach Sichtung des gesamten Zahlenwerks erfolgen. Er spreche sich dafür aus, dass sich die Fraktionen während des Beratungszeitraumes in Abständen zu interfraktionellen Sitzungen treffen und nach gemeinsamen Kompromissen suchen sollten, damit dieser Haushalt mit großer Mehrheit verabschiedet werden könnte.

Bürgermeister Dzewas teilt mit, dass sein Angebot stehe, dass bei Bedarf auch kurzfristige interfraktionelle Sitzungen über den regulären Sitzungsrhythmus hinaus stattfinden könnten.

Ratsherr Fröhling erläutert, dass die CDU-Fraktion noch keine inhaltliche Stellungnahme abgeben könne. Seine Fraktion freue sich, dass die Zusammenarbeit mit der Bezirksregierung Arnsberg seinerzeit beschlossen worden sei. Ebenfalls freue sich die CDU-Fraktion, dass keine Einrichtungen geschlossen würden. Möglicherweise habe hierzu auch die öffentliche Diskussion in den letzten Monaten beigetragen. Er hoffe, dass sich alle Fraktionen verantwortungsbewusst und konstruktiv mit dem Haushaltssicherungskonzept auseinandersetzen würden.

Er glaube, dass sich alle ihrer Verantwortung bewusst seien, was in den nächsten 10 Jahren auf die Stadt Lüdenscheid, insbesondere auch auf die Bürgerinnen und Bürger und die Unternehmen, zukommen werde. Die CDU-Fraktion werde ihre Beratungen mit Weitblick und Bedacht angehen.

Ratsherr Skowasch-Wiers von der Fraktion DIE LINKE führt aus, dass ein fader Beigeschmack bleiben würde. Er habe den Ausführungen des Kämmers nicht entnehmen können, dass eine verbesserte Finanzierung der Kommunen in Nordrhein-Westfalen eintreten würde, sondern das alles beim Alten bliebe. Die Situation der Stadt würde sich in den nächsten 10 bis 15 Jahren noch verschlimmern. Im Bericht des Kämmers sei angeklungen, dass erhebliche Unwägbarkeiten mit diesem Haushaltssicherungskonzept einhergingen. Bitter fände er die Streichung von 65 Stellen. Diese würden der Stadt Lüdenscheid als Arbeitsplätze fehlen. Er hoffe, dass es im Rathaus zu einer Diskussionskultur käme.

Wenn Tarifabschlüsse im öffentlichen Dienst über die Zeitung diskutiert würden, müsse gefragt werden, wie sich die Wertschätzung der Beschäftigten durch ihren Arbeitgeber darstelle.

Ratsfrau Linnepe entgegnet, dass sie den Ausführungen des Bürgermeisters und des Kämmerers schon entnommen habe, dass der Haushalt saniert werden und nicht der Status quo erhalten bleiben solle.

Die Lüdenscheider Liste habe sich seinerzeit gegen eine Zusammenarbeit mit der Bezirksregierung Arnsberg ausgesprochen. Sie sei positiv überrascht über die heute vorgelegten Vorschläge. Sie hoffe ebenfalls, dass die Fraktionen bei gewünschten Maßnahmenänderungen entsprechende Gegenvorschläge zur Finanzierung vorlegen würden. Sie erinnere daran, dass es bis 2022 auch noch weitere Legislaturperioden des Rates geben werde, auf die die in diesem Jahr getroffenen Beschlüssen Einfluss hätten. Es sei eine wichtige Aufgabe, der sich der Rat jetzt stellen müsse.

Bürgermeister Dzewas teilt u. a. mit, dass die Stadt Lüdenscheid kein Haushaltssicherungskonzept über 10 Jahre hätte vorlegen können, wenn sich nicht aufgrund der bereits stattgefundenen Veränderungen in der Landesfinanzierung die Summe auf 18,5 Mio. € reduziert hätte. Alle Verantwortung auf das Land und den Bund zu schieben, könne auf Dauer nicht funktionieren. Es gebe eine Schuldenbremse, die in verschiedenen Verfassungen bereits verankert sei. Allerdings sei darauf zu achten, dass die Kommunen nicht noch weitere Lasten tragen müssten. Er sei hier aber optimistischer als noch vor drei bis vier Jahren. Dies hinge zum einen mit den Erfahrungen der jetzt noch amtierenden Landesregierung und zum anderen mit den Wahlaussagen der Parteien zusammen, die voraussichtlich in der nächsten Landesregierung erhebliche Verantwortung tragen müssten. Die Frage der völligen Ausblendung kommunaler Finanznot aus dem Fokus der Landespolitik sei beendet. Es habe in den vergangenen Jahren einige erfolgreiche Initiativen gegeben. So habe die Übernahme der Lasten nach dem SGB XII erhebliche Auswirkungen auf die mittelbare Finanzierung der Stadt gehabt. Er glaube, dass keine verantwortliche Bundes- oder Landespolitik es sich dauerhaft leisten könne, dass die Kommunen weiterhin so stark belastet würden. Im Übrigen gebe es traditionell im Rat der Stadt Lüdenscheid eine große Einigkeit darüber, solche Versuche abzuwehren. Dies könne allerdings nur überzeugend geschehen, wenn eigene Konsolidierungsanstrengungen erfolgen würden. Er pflichte Ratsherrn Skowasch-Wiers dahingehend bei, dass dies nur durch Diskussionskultur mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern erfolgen könne. Dies könne durch konsequente und konstruktive Zusammenarbeit, nicht aber durch Verweigerungshaltung geschehen. Alte Besitzstände seien in dieser Form nicht mehr haltbar. Ein neues Maß an Flexibilität aber auch an Sensibilität sei hier gefordert. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, deren 65 Stellen zukünftig wegfallen würden, seien bisher sinnvoll beschäftigt und auf ihren Arbeitsplätzen notwendig. Ein Teil der Aufgaben würde zukünftig entfallen. Es müssten aber auch zusätzliche bzw. andere Aufgaben von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern übernommen werden.

Stadtkämmerer Blasweiler führt u. a. aus, dass Bürgerinnen und Bürger, die für die Finanzierung des städtischen Haushaltes aufkommen müssten, eine andere Umgangsweise mit solchen wirtschaftlichen Situationen, sofern sie in der Privatwirtschaft beschäftigt seien, erleben würden.

In der freien Wirtschaft gebe es in der Regel keine Konzepte über 10 Jahre, in denen die Strukturen noch weitgehend erhalten blieben. Wenn die Verwaltung keine Stellen einsparen würde, würde das ausgerechnet diese Bürgerinnen und Bürger zusätzlich belasten.

Ausnahmsweise sei ihm auch eine politische Anmerkung erlaubt. Die Partei DIE LINKE äußere sich kritisch, auch mit Recht, zu dem Bankensystem. Durch ihre Verweigerungshaltung im Hinblick auf das Haushaltssicherungskonzept würden DIE LINKEN aber genau diesem System, von dem sie sich unabhängig machen wollten, in die Karten spielen.

Er habe in seiner Präsentation gerade dargestellt, dass, sollte die Stadt Lüdenscheid jetzt nicht reagieren, in 10 Jahren ein Schuldenstand von 181 Mio. € im kurzfristigen Bereich erreicht sei. Auch wenn die nun zu ergreifenden Maßnahmen, wie zum Beispiel der Stellenabbau, schmerzlich seien, mache sich die Stadt mit diesem Schritt ein großes Stück unabhängig von den Willkürentscheidungen des Bankensystems.

Zum Abschluss informiert Herr Sommer von der Bezirksregierung Arnsberg, dass Junkernheinrich und Lenk auf der Zahlenbasis bis 2007 2,5 Mrd. € als strukturelles Defizit bei allen Kommunen errechnet habe. Jetzt würde SGB XII im Endausbau durch den Bund 940 Mio. € bringen. 300 Mio. € würden durch die GFG-Verbesserung seit 2010 greifen. 350 Mio. € seien zusätzlich durch den Stärkungspakt hinzugekommen. Darüber hinaus würden noch bis zum Jahr 2014 310 Mio. € umverteilt werden. Es bewege sich also etwas. Die Kommunen müssten aber auch ihren Anteil erbringen. Darüber hinaus hätten die Kommunen durch die Verlängerung des HSK-Zeitraums von 3 auf 10 Jahre auch mehr Handlungsspielraum erhalten. Wichtig sei ihm noch einmal, darauf hinzuweisen, dass die Angebotsstruktur der Verwaltung dem demografischen Wandel angepasst werden müsse. Abschließend stellt er fest, dass die meisten Ideen zur Haushaltsverbesserung aus der Verwaltung selbst gekommen seien. Die Finanzhoheit liege nun beim Rat der Stadt Lüdenscheid. Auf der jetzigen Grundlage würden die Bezirksregierung Arnsberg und der Märkische Kreis eine Genehmigungsfähigkeit sehen.

Abschließend lässt Bürgermeister Dzewas über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Der Hauptausschuss der Stadt Lüdenscheid fasst folgenden

Beschluss:

Die zugeleitete Änderungsliste zum Verwaltungsentwurf des Haushaltsplanes 2012 sowie der zugeleitete Entwurf des Haushaltssicherungskonzeptes 2012 werden zur Beratung an die zuständigen Ausschüsse verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 17

2. Stellenplan für das Haushaltsjahr 2012 - Nachtrag Vorlage: 059/2012

Der Hauptausschuss der Stadt Lüdenscheid empfiehlt einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Nachtrag zum Stellenplan 2012 wird in die Beratungen zu dem mit Sitzungsvorlage Nr. 166/2011 eingebrachten Entwurf des Stellenplanes 2012 übernommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 16

Ratsherr Lührs ist bei der Abstimmung abwesend.

**3. STL Stadtreinigungs, Transport- und Baubetrieb Lüdenscheid
hier: Nachfolgeentscheidung in der Bestellung der Werkleitung
Vorlage: 058/2012**

Der Hauptausschuss der Stadt Lüdenscheid empfiehlt einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Herr Heino Lange wird mit Wirkung vom 01.08.2012 zum Werkleiter des STL bestellt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 16

Ratsherr Lührs ist bei der Abstimmung abwesend.

**4. Verkauf von in Bebauungsplänen als Kinderspielplatz festgesetzten städtischen Flächen bzw. bestehenden städtischen Kinderspielplätzen
Vorlage: 239/2011**

Der Hauptausschuss der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, sukzessive die Spielplatzflächen aufzugeben und zu veräußern, die nicht zwingend für die Umsetzung des Spielplatzentwicklungskonzeptes benötigt werden (siehe Anlage). Über die mögliche Aufgabe solcher Plätze werden die politischen Gremien zeitnah unterrichtet.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 17

**5. Kooperationsvertrag Deutsche Telekom zur Breitbandversorgung Brüninghausen
Vorlage: 063/2012**

Bürgermeister Dzewas begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt die Herren Rohleder und Judas von der Telekom und übergibt zunächst Herrn Aengeneyndt, Fachdienst Wirtschaftsförderung, Projektsteuerung und Liegenschaften, das Wort.

Herr Aengeneyndt bezieht sich auf die Vorlage, in der auf den Vor-Ort-Termin in der Hügelsstraße in Brüninghausen hingewiesen worden sei. Bei diesem Termin sei die problematische Situation der Führung einer oberirdischen Leitung direkt durch die Anliegerstraße mit den Anwohnern diskutiert worden. Hierbei sei man zu einem positiven Ergebnis gekommen. Zu der geplanten Verlegung der Glasfaserkabel habe sich im Gespräch mit den Anwohnern eine Alternative ergeben. Diese Verlegung würde auch über ein privates Gelände führen. Der beim Ortstermin anwesende Eigentümer habe grundsätzlich seine Zustimmung signalisiert. Eine technische und wirtschaftliche Prüfung durch die Herren Rohleder und Judas von der Telekom sei bereits erfolgt. Die Umsetzbarkeit sei gegeben und würde auch wirtschaftlich im Rahmen des bisherigen Angebots bleiben.

Herr Aengeneyndt stellt anhand von Plänen die vorgesehenen Verläufe der Glasfaserkabel dar.

Anschließend bedankt sich Bürgermeister Dzewas bei den Vertretern der Telekom.

Der Hauptausschuss der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Die Verwaltung wird ermächtigt, den Kooperationsvertrag mit der Deutschen Telekom – wie in der Begründung erläutert – abzuschließen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 17

**6. Berichtswesen
hier: Bericht über den Projektstatus 'Denkfabrik'
Vorlage: 022/2012**

Bürgermeister Dzewas führt aus, dass sich zu dem Bericht über den Projektstatus noch mündliche Ergänzungen ergeben hätten und übergibt hierzu Herrn Walker das Wort.

Herr Walker teilt mit, dass nach der Erstellung des Berichtes (Projektstand 22.03.2012) noch zwei bedeutende Aufträge nach deren europaweiten Ausschreibungen vergeben worden seien.

So seien der Zuschlag für das Stadtumbaubüro erfolgt, der entsprechende Beschluss sei bereits in der Sitzung des Rates am 26.03.2012 gefasst worden, und die Ausstellungsplanung für die Phänomenta vergeben worden.

Der Bericht über den Projektstatus ‚Denkfabrik‘ wird zur Kenntnis genommen.

7. Bekanntgaben, Beantwortung von Anfragen und Anfragen

7.1. Bekanntgaben

7.1.1. Stellenangelegenheit Fachdienst Bauservice

Stadtkämmerer Blasweiler gibt bekannt, dass in der Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses am 07.03.2012 eine Stellenangelegenheit des Fachdienstes Bauservice diskutiert worden sei. Hierzu hätte die Verwaltung eine entsprechende Beschlussvorlage erstellen sollen. Mit dem Vorsitzenden des Bau- und Verkehrsausschusses, Ratsherrn Holzrichter, habe die Verwaltung im Nachgang abgestimmt, dass anstelle einer Vorlage eine entsprechende Bekanntgabe in der Sitzung des Rates am 26.03.2012 erfolgen werde. Aufgrund eines Missverständnisses innerhalb der Verwaltung sei dies leider versäumt worden und würde nun in der heutigen Sitzung nachgeholt.

Zurzeit würde eine halbe unbefristete Stelle im Stellenplan gesucht, damit eine Verabschiedung auf Grundlage der Diskussion im Bau- und Verkehrsausschuss erfolgen könne.

7.2. Beantwortung von Anfragen

7.2.1. EU-Förderung für U 3-Ausbau

Bürgermeister Dzewas bezieht sich auf die in der Sitzung des Rates am 01.03.2012 geführte Diskussion zu dem Antrag der SPD-Fraktion zum U 3 - Ausbau. Hierbei sei auch die Frage aufgekommen, ob EU-Mittel für den U 3 - Ausbau zur Verfügung gestanden hätten, die nicht abgerufen worden seien.

Dieses könne wie folgt beantwortet werden:

Es gebe keine EU-Förderung für den U 3-Ausbau.

Allerdings gebe es Mittel für folgende Bereiche, die eine Anlehnung an die Kinderbetreuung hätten:

- Tagespflege

Die ESF-Mittel in Höhe von 100.000 € verteilen sich auf drei Jahre bis zum 31.07.2012 für 0,75 Stellen. Der Eigenanteil durch die Stadt Lüdenscheid werde durch eigenes Personal erbracht.

Der TUPF-Verein in der Kluser Schule erhalte 900 € monatlich.

- Kinder- und Jugendförderung

Für den Übergang in die Berufsausbildung bei der 2. Chance, die durch den Internationalen Bund im Bereich der Offenen Tür am Buckesfeld administriert werde, beliefen sich die ESF- Mittel auf 400.000 €, verteilt auf vier Jahre. Der Eigenanteil durch die Stadt Lüdenscheid werde ebenfalls durch Personalgestellung erbracht.

7.2.2. Leerstände an der Kluse

Die Beantwortung der Anfrage des Ratsherrn Oettinghaus in der öffentlichen Sitzung des Rates am 26.03.2012 ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

7.3. Anfragen

7.3.1. Benennung einer Straße nach Jürgen Dietrich

Ratsherr Fröhling trägt folgende Anfrage vor:

In der letzten interfraktionellen Sitzung wurde besprochen, dass eine Straße nach unserem verstorbenen Altbürgermeister und Ehrenbürger Jürgen Dietrich benannt werden soll. In dieser nicht öffentlichen Besprechung waren wir uns schnell einig, dass eine mögliche neue Straße im Gebiet der ehemaligen Kinderklinik an der Hohfuhstraße geeignet wäre.

Fragen:

1. Kann die Verwaltung bestätigen, dass dieses sehr sensible Thema zunächst zeitlich zurückgestellt worden ist, bis konkretere Planungen für das Gebiet vorliegen?
2. Ist es korrekt, dass vereinbart worden ist, das Thema noch nicht öffentlich zu machen?
3. Teilt die Verwaltung meine Meinung, dass ein solches Vorhaben zunächst „auf offiziellem Weg“ mit den Angehörigen, also der Familie Dietrich, besprochen werden sollte?
4. Sieht die Verwaltung es ebenso wie wir als Unverschämtheit an, dass ein Mitglied der SPD-Fraktion bei einem Osterfeuer einen Sohn von Jürgen Dietrich auf die Straßenbenennung angesprochen hat?

Bürgermeister Dzewas sagt Prüfung und Beantwortung zu.

gez. Dzewas

Vorsitzender

gez. Marré

Schriftführerin